

PICUM QUARTALSRUNDBRIEF Januar - März 2015

GRENZEN

VEREINTE NATIONEN

ENTWICKLUNGEN IN DER EU-POLITIK

NATIONALE ENTWICKLUNGEN

GESUNDHEITSWESEN

ARBEIT UND FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

UNDOKUMENTIERTE FRAUEN

UNDOKUMENTIERTE KINDER UND IHRE FAMILIEN

ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG

VERÖFFENTLICHUNGEN UND ANDERE INFORMATIONEN

GRENZEN

MITTELMEER / Über 1000 Migrant/innen innerhalb weniger Tage gerettet, hunderte sterben

Die italienische Küstenwache und Marine sowie mehrere Frachtschiffe haben im Rahmen unterschiedlicher Einsätze am 3. und 4. März 2015 über 1000 Migrant/innen von Booten aus dem Mittelmeer gerettet. Die Rettung erfolgte etwa 80 Kilometer nördlich von Libyen. Die italienische Küstenwache berichtete außerdem, dass die Leichen von 10 Migrant/innen gefunden wurden. Bereits am 7. Februar 2015 waren mindestens 300 Migrant/innen ertrunken, als ihre aus Libyen kommenden Boote im Mittelmeer kenterten (siehe [PICUM Bulletin](#) 18. Februar 2015). Viele zivilgesellschaftliche Organisationen fordern mehr Einsatz bei der Rettung von Migrant/innen.

Quelle: [The Guardian](#), 4. März 2015

SPANIEN / Weitere Versuche, Grenzzaun zu überwinden nach Zwischenfall mit 15 Toten vor einem Jahr

Eine Gruppe von etwa 50 Migrant/innen aus Subsahara-Afrika hat am 3. Februar 2015 versucht, den Grenzzaun der spanischen Enklave Ceuta in Nordafrika zu überwinden. Einer Person gelang es, Ceuta zu erreichen, der Rest der Gruppe wurde von marokkanischen Grenzschützern am Überqueren der Grenze gehindert. Der Zwischenfall ereignete sich in einer Zeit, in der Menschenrechtsorganisationen an den Tod von 15 Migrant/innen am 6. Februar 2014 erinnerten. Damals hatten Mitarbeiter des spanisches Grenzschutzes (Guardia Civil) mit Gummigeschossen und Tränengas auf rund 200 Migranten aus Subsahara-Afrika geschossen, um diese am Betreten der Enklave zu hindern, wobei 15 Migrant/innen getötet wurden. 16 Grenzposten wurden wegen fahrlässiger Tötung angeklagt.

Quelle: [El País](#), 4. Februar 2015; [Human Rights Watch](#), 4. Februar 2015; [Cadena Ser](#), 11. Februar 2015

VEREINTE NATIONEN

OHCHR / Europa sollte sich für regulierte Wege nach Europa und Mobilität einsetzen

Der UN-Sonderberichterstatter für die Rechte von Migranten François Crépeau hat vom 2. bis 5. Februar 2015 einen Anschlussbesuch an seine 2013 veröffentlichte Studie über den Schutz der EU-Außengrenzen in Brüssel absolviert. In der Abschlusserklärung seines Besuchs vom 5. Februar 2015 rief er die EU-Mitgliedstaaten dazu auf, reguläre Migrationsmöglichkeiten zu schaffen, statt den Fokus auf repressive Politik zu legen. Der Sonderberichterstatter betonte zudem die Notwendigkeit, allen Migrant/innen Zugang zu Recht und Justiz zu ermöglichen. Während seines Aufenthalts in Brüssel traf sich François Crépeau mit EU-Verantwortlichen im Bereich des Grenzschutzes, Vertretern von EU-Mitgliedstaaten sowie internationalen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, um die Handhabung an den EU-Außengrenzen zu besprechen. Die vollständige Erklärung finden Sie [hier](#).

OHCHR / BERICHT / Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte irregulärer Migrant/innen

Das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) hat einen Bericht mit dem Titel „The Economic, Social and Cultural Rights of Migrants in an Irregular Situation“ („Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte von Migrant/innen mit irregulärem Aufenthaltsstatus“) veröffentlicht. Der Bericht bekräftigt das Recht irregulärer Migrant/innen auf Gesundheitsversorgung, Bildung, einen angemessenen Lebensstandard, soziale Sicherung und faire Arbeitsbedingungen. Darüber hinaus zeigt der Bericht rechtliche und praktische Hindernisse auf, die irreguläre Migrant/innen daran hindern, ihre Rechte in diesen Bereichen wahrzunehmen. Betont wird außerdem die Wichtigkeit undokumentierte Migrant/innen nicht als „Illegale“ zu bezeichnen. Der Bericht steht [hier](#) zum Download zur Verfügung.

UN / Sonderberichterstatter: Abschiebehaft untrennbar verbunden mit Misshandlung von Kindern

Der UN-Sonderberichterstatter über Folter Juan E. Méndez fordert Staaten anlässlich der Vorstellung seines neuen Berichts vor dem UN-Menschenrechtsrat dazu auf, das Kindeswohl zu wahren und Alternativen zur Abschiebehaft für Kinder zu entwickeln. Er empfiehlt eine schnelle und vollständige Abschaffung der Abschiebehaft für Kinder, mit oder ohne Eltern. Die 28. Reguläre Sitzung des UN-Menschenrechtsrats fand vom 2. bis 27. März 2015 in Genf statt. Den Bericht des Sonderberichterstatters (A/HRC/28/68) finden Sie [hier](#).

Quelle: [OHCHR, Presseerklärung](#), 10. März 2015

UN / Aufforderung an die Schweiz, rechtlichen Verpflichtungen gegenüber undokumentierten Kindern besser nachzukommen

Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes hat als Teil seiner regelmäßigen Berichterstattung über die Umsetzung der Kinderrechtskonvention seine Empfehlungen und „Abschließenden Beobachtungen“ für die Schweiz veröffentlicht. Die Empfehlungen umfassen unter anderem die Entwicklung von Präventionsprogrammen gegen soziale Ausgrenzung und Diskriminierung von undokumentierten Kindern. Die Schweiz ist eines der Länder, das im Rahmen der 68. Sitzung des Ausschusses vom 12. bis 30. Januar 2015 einer Prüfung unterzogen wurde. Die „Abschließenden Beobachtungen“ sind [hier](#) nachzulesen.

ENTWICKLUNGEN IN DER EU-POLITIK

EUROPARAT / Bericht über die Menschenrechte von Migrant/innen, Asylsuchenden und Flüchtlingen in Frankreich

Nils Muižnieks, Kommissar für Menschenrechte des Europarats, hat am 17. Januar 2015 im Anschluss an seinen Besuch in Frankreich vom 22. bis 26. September 2014 einen Bericht veröffentlicht. In dem Bericht geht es um die Bekämpfung von Intoleranz und Extremismus, den Menschenrechten von Roma sowie von Migrant/innen, Asylsuchenden und Flüchtlingen in Frankreich. Der Kommissar verleiht seiner Besorgnis über die Situation in Calais Ausdruck, wo aktuell etwa 2.500 irreguläre Migrant/innen leben, und ruft die Behörden auf, nachhaltigere Lösungen zu finden. Zudem äußert er große Sorge in Bezug auf die Situation undokumentierter Kinder und ruft zu einer Abschaffung der Abschiebehäft für Kinder auf. Der vollständige Bericht ist [hier](#) zu lesen. Am 20. Januar 2015 geht auch die Organisation Human Rights Watch (HRW) in einem [Statement](#) auf die Situation in Calais ein und kritisiert fehlende Unterbringungsmöglichkeiten und Polizeigewalt gegen Migrant/innen.

EUROPARAT / BERICHT / Rassismus und Hassreden in Griechenland

In ihrem [Fünften Bericht über Griechenland](#), der am 24. Februar 2015 veröffentlicht wurde, betont die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) des Europarats, dass trotz der Verabschiedung eines neuen Antidiskriminierungsgesetzes im Jahr 2014 Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gegen Migrant/innen in Griechenland im vergangenen Jahr weiter zugenommen haben. Die ECRI empfiehlt den nationalen Behörden die Einsetzung einer Task Force zur Entwicklung einer Strategie im Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, dem Bürgerbeauftragten und der Nationalen Menschenrechtskommission. Der vollständige Bericht, der auf einem [Besuch der ECRI in Griechenland](#) im März 2014 beruht, ist [hier](#) zu lesen.

Quelle: [Europarat, Pressemitteilung](#), 24. Februar 2015

EUROPARAT / BERICHT / Überwachung der gemeinsame Rückführungsaktionen von Frontex auf dem Luftweg

Das Komitee zur Verhütung von Folter (CPT) des Europarats hat einen [Bericht](#) über seine erste Mission zur Überwachung der gemeinsame Rückführungsaktionen durch Frontex auf dem Luftweg veröffentlicht. Die Überwachungsaktion fand auf einem Flug von Rotterdam/Niederlande nach Lagos/Nigeria im Zeitraum vom 16. bis 18. Oktober 2013 statt. Der Bericht, der am 5. Februar 2015 veröffentlicht wurde, unterstreicht, dass Einsätze zur Rückführung von Migrant/innen auf dem Luftweg, unmenschliche und entwürdigende Behandlung riskieren. Das CPT vermerkt den übermäßigen Einsatz von körperlichen Zwangsmaßnahmen in einigen Phasen des Rückführungsprozesses und empfiehlt, dass eine individuelle Risikoabschätzung erfolgen sollte, um den Einsatz von körperlichen Zwangsmaßnahmen zu rechtfertigen. Medizinisches Personal sollte auf Rückführungsflügen außerdem mit Notfallausrüstung ausgestattet sein.

Quelle: [ECRE](#), 13. Februar 2015

EUROPÄISCHE KOMMISSION / Vorstellung der Kernpunkte der neuen Europäischen Migrationsagenda

Der Erste Vizepräsident der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, und der EU Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft, Dimitris Avramopoulos, haben am 4. März 2015 die Prioritäten der Europäischen Kommission bei der Erstellung einer umfassenden Europäischen Migrationsagenda vorgestellt. Zum ersten Mal wird Migration explizit als Priorität in den politischen Leitlinien der Europäischen Kommission benannt, die EU Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker unter dem Titel „[A New Start for Europe](#)“ („Ein neuer Beginn für Europa“) vorstellte. Vier Prioritäten der Agenda wurden genannt: Verbesserung der Funktionsweise des Asylsystems, Verbesserung des EU-Grenzschutzes, vor allem durch die Stärkung von Frontex, die Bekämpfung irregulärer Migration durch Vorgehen gegen Menschenhändler und Schmugglernetzwerke und Verbesserungen im Bereich der

Arbeitsmigration. Die neue Migrationsagenda soll im Mai 2015 vorgestellt werden. Ein Video der Pressekonferenz finden Sie [hier](#).

Quelle: [Pressemitteilung der EU-Kommission](#), 4. März 2015

EUROPÄISCHE KOMMISSION / Ausweitung des Frontex Einsatzes „Triton“ und finanzielle Unterstützung für Italien

Die Europäische Kommission hat beschlossen, ihre finanzielle Unterstützung für Italien aufgrund der steigenden Zahlen von Migrant/innen im Mittelmeerraum aufzustocken. Dabei stellt die Europäische Kommission Italien eine Summe von 13,7 Millionen Euro als Soforthilfe aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) zur Verfügung und kündigte am 19. Februar 2015 eine Verlängerung des Frontex Einsatzes „Triton“ bis mindestens Ende 2015 an.

Quellen: [Farnesina](#), 25. Februar 2015; [Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#), 19. Februar 2015.

EUROPÄISCHE KOMMISSION / Informationsblatt über das Schleusen von Migrant/innen in die EU

Die Europäische Kommission hat am 13. Januar 2015 ein [Informationsblatt](#) mit Informationen und Grafiken zum Schleusen von Migrant/innen in die Europäische Union herausgegeben. Dabei unterstreicht die Europäische Kommission den Unterschied zwischen Menschenhandel und Schleusung von Migrant/innen, benennt einige Maßnahmen, durch die das Problem des Schleusens im aktuellen EU-Rechtsrahmen in Angriff genommen werden soll und betont die Notwendigkeit, Unterstützung für hilfsbedürftige Migrant/innen sicherzustellen. Unter Berufung auf [Daten von Frontex vom Januar 2015](#) gibt das Informationsblatt an, dass über 276.000 Migrant/innen im Jahr 2014 irregulär in die EU gekommen sind, was im Vergleich zu den offiziellen Zahlen des Jahres 2013 eine Zunahme von 155 Prozent darstellt.

Quellen: Europäische Kommission, Informationsblatt, [MEMO/15/3261](#); [EU Observer](#), 6. Januar 2015

EUROPÄISCHES PARLAMENT / Neue fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe zur Einbindung der Rechte von Kindern in die Arbeit des Europäischen Parlaments

Eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe zum Thema Kinderrechte wurde im Dezember 2014 für die laufende Legislaturperiode (2014-2019) eingesetzt. Diese ‚Intergroups‘ sind informelle Arbeitsgruppen des Europäischen Parlaments, in deren Rahmen der Austausch zwischen EU-Abgeordneten und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu spezifischen Themen gestärkt werden soll. Die neue Arbeitsgruppe setzt sich zum Ziel, die Rechte von Kindern in die EU Politik einzubinden und das dem Kindeswohl mehr Gewicht verliehen wird. Die Arbeitsgruppe kann eine wichtige Rolle dabei spielen, Kinderrechte als Thema der parlamentarischen Arbeit zu etablieren. Ihre Gründung geht auf die Bemühungen der Child Rights Action Group (Aktionsgruppe für Kinderrechte) und deren [Kinderrechtsmanifest](#) zurück.

Quelle: [Eurochild - eNews Bulletin](#), Dezember 2014

EUROPÄISCHER RAT / Vorschlag zur Vereinheitlichung der Gesetzgebung bezüglich Sanktionen gegen irregulären Aufenthalt

Die lettische EU-Ratspräsidentschaft schlägt vor, Statistiken der Mitgliedstaaten über Fälle von Migrant/innen, die zuvor ein Visum oder eine Aufenthaltsgenehmigung hatten und sich nach Ablauf des Dokuments irregulär im Land aufhalten, auszuwerten. Ziel ist es, Gesetzgebungen in diesem Gebiet einschließlich Sanktionen, welche auf EU-Ebene erhoben werden, zu vereinheitlichen. Um Informationen über undokumentierte Migrant/innen, die sich in Mitgliedstaaten aufhalten, zu bekommen, will die lettische Ratspräsidentschaft gesammelte Daten aus den gemeinsamen Polizeiaktionen „Mos Maiorum“, „Perkunas“ and „Mitras“, Daten von Frontex und [Ergebnisse des Projekts CLANDESTINO](#) benutzen, sowie kurze Fragebögen an alle Mitgliedstaaten in Bezug auf die Situation auf nationaler Ebene senden. Das Dokument ist auf der Website von [Statewatch](#) erhältlich.

Quelle: [Statewatch News Online](#), Februar 2015

EU / Über 19.000 Migrant/innen während Mos Maiorum's gemeinsamer Polizeioperation festgenommen

Insgesamt 19.234 undokumentierte Migrant/innen (9.890 an den externen EU-Grenzen und 9.344 innerhalb des EU-Gebietes) wurden während des gemeinsamen Polizeieinsatzes unter dem Namen 'Mos Maiorum', der in der Europäischen Union vom 13. bis 26. Oktober 2014 stattfand, festgenommen. Die Operation wurde von der italienischen Ratspräsidentschaft im Juli 2014 vorgeschlagen und gemeinsam von allen EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Kroatien, Griechenland und Irland durchgeführt. Frontex und Europol unterstützen den Einsatz technisch und analytisch. Die Aktion führte auch zur Festnahme von 257 Menschen, denen vorgeworfen wird, irreguläre Migration zu „ermöglichen“.

Quelle: [Statewatch](#), 23. Januar 2014

EU / Erstes Treffen des EU Migrationsforums

Das erste Treffen des neuen Europäischen Migrationsforums (European Migration Forum) fand vom 26. bis 27. Januar 2015 in Brüssel statt und konzentrierte sich dieses Mal auf Migration im Mittelmeerraum, insbesondere auf die Schleusung von Migrant/innen. Das Europäische Migrationsforum ist eine Initiative des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und der Europäischen Kommission und ersetzt das EU Integrationsforum, um eine breitere Plattform für den Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und lokalen und regionalen Behörden über die EU-Agenda für Migration, Asyl und Integration zu bieten. Kadri Soova, Advocacy Officer von PICUM, und Yonous Muhammadi vom Griechischen Forum für Flüchtlinge (Greek Forum of Refugees) wurden als neue zivilgesellschaftliche Repräsentant/innen für die Dienststelle des Forums gewählt. Mehr Informationen zum EU Migrationsforum sind [hier](#) zu finden.

Quelle: [Migrant's Rights Network](#), 2. Februar 2015

EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE / Überlebende des Farmakonisi Schiffsbruch reichen Beschwerde ein

Im Januar 2014 sank ein Migrantenboot während es von der griechischen Küstenwache abgeschleppt wurde, was zum Tod von 11 Afghan/innen nahe der griechischen Insel Farmakonisi führte. Nach Zeugenaussagen von Überlebenden zog die griechische Küstenwache das kleine Boot mit großer Geschwindigkeit zurück in Richtung Türkei, wobei das Seil riss und das Boot kenterte. Nachdem der Staatsanwalt des Marinegerichts in Piraeus die Untersuchungen im Fall „Farmakonisi“ im August 2014 offiziell einstellte, reichten die Überlebenden des Schiffbruchs jetzt eine Klage am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein. Sie geben an, dass die griechischen Beamten/innen einen Verstoß gegen das Recht auf Leben, das Recht auf Freiheit von Folter und das Recht auf wirksame Rechtsmittel im Zusammenhang mit der Küstenwachen-Aktion vor der griechischen Insel begangen haben. Die Beamten/innen, die an der Operation teilnahmen, geben stattdessen an, dass es eine Rettungsmission war.

Quellen: [Amnesty International](#), 20. Januar 2015; [Pro Asyl](#), 20. Januar 2015

NATIONALE ENTWICKLUNGEN

FRANKREICH / Proteste gegen Bestrafung für die Unterstützung irregulärer Migrant/innen

Ein Aktivist für die Rechte von Migrant/innen aus Dijon wurde vor Gericht gerufen und beschuldigt, Hilfe zum irregulären Aufenthalt mehrerer Migrant/innen geleistet zu haben, nachdem er ihnen den Nachweis auf Unterkunft erstellte, den sie benötigten, um Zugang zu sozialen und medizinischen Diensten zu erlangen und Asylanträge zu beantragen. Paul Garrigues, Aktivist der Human Rights League, wurde nicht strafrechtlich verfolgt aber erhielt eine gerichtliche Warnung. Ungefähr 50 Personen versammelten sich am Dienstag, den 27. Januar 2015 vor dem Justizgebäude von Dijon, um gegen die Kriminalisierung der Unterstützung undokumentierter Migrant/innen zu protestieren. Ein

Kollektiv von 29 Vereinigungen organisierte den Protest mit Schildern, auf denen „Solidarität ist keine Straftat“ oder „Solidarität - jederzeit“ geschrieben stand.

Quellen: [Bien Public](#), 28. Januar 2015; [Macommune.info](#), 27. Januar 2015

FRANKREICH / Nach Anschlägen in Paris wird ehemalig undokumentiertem „Held“ französische Staatsbürgerschaft gewährt

Der ehemalig undokumentierte Migrant Lassana Bathily wurde am 20. Januar 2015 in Frankreich eingebürgert, weil er während des Anschlages auf einen jüdischen Supermarkt in Paris am 9. Januar half, das Leben mehrerer Menschen zu retten. Der Anschlag auf den jüdischen Supermarkt stand in Verbindung mit dem Mord an 12 Menschen im Hauptsitz des Satiremagazins Charlie Hebdo, der zwei Tage vorher, am 7. Januar, stattfand. Während dem Anschlag half Lassana Bathily, ein Angestellter des Supermarktes, mehreren Kunden, sich in der Kältekammer zu verstecken und informierte die Polizei über die Geschehnisse. Angeblich hielt die Polizei ihn zuerst für einen der Täter. Der 24-jährige Malier kam im Alter von 16 Jahren nach Frankreich. Als er 18 wurde, stellte er einen Aufenthaltsantrag, der abgelehnt wurde, weshalb er in einer irregulären Situation verblieb. Nach viel Medienaufmerksamkeit, oftmals mit der Betonung, dass er als Muslim das Leben mehrerer Juden gerettet hatte, erfuhr er, dass er die französische Staatsbürgerschaft für seine „heldenhafte“ Tat erhalten würde. Sowohl der französische Innenminister Bernard Cazeneuve als auch Premierminister Manuel Valls waren bei der Einbürgerungszeremonie anwesend.

Quelle: [Le Monde](#), 20. Januar 2015

DEUTSCHLAND / Migrationsreport 2013: Über 32.500 irreguläre Migrant/innen an den Grenzen und Flughäfen festgenommen

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) veröffentlichte am 21. Januar 2015 seinen Migrationsbericht für das Jahr 2013. Die Zahl der Festnahmen von irregulären Migrant/innen an deutschen Grenzen und Flughäfen stieg in 2013 auf 32.533 an, im Vergleich zu 25.670 registrierten irregulär Migrant/innen im Jahr 2012. Diese Zahl beinhaltet allerdings nicht die Migrant/innen, deren irregulärer Aufenthalt in Deutschland den Behörden nicht bekannt ist. Die Zahl der Festnahmen von Schleusern stieg 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 70,6 % an. Die Zahl der Abschiebungen stieg auf 10.198 im Vergleich zu 7.651 in 2012 an. Der Migrationsbericht 2013 sowie frühere Ausgaben sind [hier](#) verfügbar.

Quelle: [Bundesamt für Migration und Flüchtlinge](#), 21. Januar 2015; [N24](#) 4. Januar 2015

DEUTSCHLAND / Kirchenasyl-Bewegung widersteht Kritik

Der deutsche Innenminister Thomas de Maizière (Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU) kritisierte Kirchen für die Bereitstellung von Schutz für undokumentierte Migrant/innen und Flüchtlinge auf einem Treffen der Christdemokraten im Januar 2015. De Maizière zweifelte an der Legitimität des Kirchenasyls und argumentierte, dass Befürworter des Kirchenasyls gegen bestehende Gesetze verstoßen würden. Repräsentanten sowohl der katholischen als auch der evangelischen Kirche in Deutschland haben sich der Kritik widersetzt und verwiesen auf die internationalen Menschenrechte sowie ihre christliche Überzeugung, Menschen in Not zu helfen.

Quellen: [Spiegel online](#), 30. Januar 2015; [Evangelischer Pressedienst](#), 6. Februar 2015

GRIECHENLAND / Irreguläre Migrant/innen in Schuldendebatte zwischen Griechenland und der EU instrumentalisiert

Panos Kammenos, griechischer Verteidigungsminister und der stellvertretende griechische Innenminister Giannis Panousis erklärten, dass sie Reisedokumente bereitstellen würden, um „hunderttausenden von irregulären Migranten“ zu ermöglichen, nach Deutschland und in andere westeuropäische Länder zu reisen, wenn die Eurozone ihren Forderungen für ein Rettungspaket nicht nachkommt. Mehrere deutsche Politiker und Funktionäre reagierten empört und warnten davor, dass Griechenland zeitweise aus dem Schengen-Raum ausgeschlossen werden würde. Griechenland kämpft mit der Ankunft großer Zahlen von Asylsuchenden und Migrant/innen und mit gravierenden

Einschnitten in öffentlichen Ausgaben. Zivilorganisationen in ganz Europa fordern eine Überprüfung der Dublin-Regelung, sowie zusätzliche Unterstützung für die Länder an Europas südlicher Grenze wie beispielsweise Griechenland.

Quellen: [Handelsblatt](#) 28. Februar 2015; [The Local](#), 9. März 2015; [Deutsche Presse Agentur](#), 9. März 2015

NIEDERLANDE / Niederländisches Gericht: Sozialhilfesystem verletzt Rechte auf medizinische Versorgung und Wohnraum undokumentierter Migrant/innen

Der Europäische Ausschuss für soziale Rechte beschloss am 10. November 2014 im Fall Konferenz europäischer Kirchen (Conference of European Churches, CEC) gegen die Niederlande, dass das derzeitige niederländische Sozialhilfesystem die Rechte von undokumentierten Migrant/innen verletzt. Der Ausschuss stellte außerdem fest, dass das niederländische Sozialsystem nicht mit Artikeln 13.4 und 31.2 der Europäischen Sozialcharta übereinstimmt, insbesondere bezüglich des Rechts auf soziale und medizinische Unterstützung und des Rechts auf Wohnraum. Die niederländische Regierung hat sich seitdem geweigert, der Entscheidung des Ausschusses nachzukommen. Am 15. Januar 2015 hat das Gericht von Den Haag bestätigt, dass der Mangel an Unterkunft, Nahrung und Kleidung gegen die Menschenwürde undokumentierter Migrant/innen ist und bis hin zur unmenschlicher Behandlung führt und daher von der Regierung zur Verfügung gestellt werden sollte. Die Entscheidung des Gerichts ist zu [hier](#) finden.

Quelle: Stichting Los Nieuwsbrief ([Englisch](#) and [Niederländisch](#)), 19. Januar 2015

USA / Neue Daten über Anteil der irregulären Migranten und Kosten der Strafverfolgung

Eine Studie des Amerikanischen Aktionsforums (American Action Forum), veröffentlicht am 6. März 2015, zeigt, dass die US-Regierung ungefähr \$400 bis \$600 Mrd. ausgeben müsste, um die geschätzten 11,2 Millionen undokumentierter Migrant/innen in den USA festzunehmen, in Gewahrsam zu behalten, juristisch zu verfolgen und abzuschicken, sowie um zukünftige irreguläre Grenzübergänge ins Land zu verhindern. Dieser Prozess würde ungefähr 20 Jahre dauern und im Gegenzug würde die erwerbstätige Bevölkerung laut der [Studie](#) um 11 Millionen Arbeiter/innen abnehmen und sich das Bruttoinlandsprodukt um \$1,6 Mrd. verringern. Eine weitere [Studie](#) mit dem Titel „Wege zum gesetzmäßigem Immigrationsstatus: Ergebnisse und Auswirkungen der PERSON Umfrage“ („Paths to Lawful Immigration Status: Results and Implications from the PERSON Survey“) befasst sich mit der Tatsache, dass ein bestimmter Prozentsatz irregulärer Migrant/innen möglicherweise für Regularisierungen berechtigt ist. Es wurde festgestellt, dass über 14% derjenigen, die für die zeitweise Aussetzung der Abschiebung [Deferred Action for Childhood Arrivals](#) (DACA) berechtigt sind, auch für eine andere Aufenthaltsgenehmigung berechtigt wären.

Quellen: [The Atlantic](#) 6. März 2015; [Center for Migration Studies](#), 4. Dezember 2014; [Center for Migration Studies](#), 10. Dezember 2014

GESUNDHEITSWESEN

NORWEGEN / 11 Organisationen drängen die Regierung auf Gesundheitsfürsorge für undokumentierte Migrant/innen

Am 27. Januar 2015 hat eine Gruppe von 11 Organisationen die norwegische Regierung in einem Brief aufgefordert, undokumentierten Migrant/innen Zugang zur Gesundheitsfürsorge im Rahmen von Bedürftigkeit, Berufsethik und Menschenrechten zu gewährleisten. Folgende Organisationen verfassten das Schreiben: Norwegisches Rotes Kreuz, Church City Mission, Amnesty International Norwegen, Ärzte ohne Grenzen Norwegen, Antirassistisches Zentrum, Norwegische Organisation für Asylbewerber/innen, LHLs Internationale Tuberkulose Stiftung, Volkshilfe Norwegen, Norwegischer Ärzteverband, Norwegischer Verband für Pflege und Norwegischer Hebammenverband. Das Schreiben ist [hier](#) (auf Norwegisch) verfügbar.

GRUNDSATZPAPIER / Gewalt in Partnerschaften gegen Migrantinnen und Frauen, die ethnischen Minderheiten angehören

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat ein Grundsatzpapier unter dem Titel „Preventing and addressing intimate partner violence against migrant and ethnic minority women: the role of the health sector“ [„Prävention und Bekämpfung von Gewalt in Partnerschaften gegen Migrantinnen und Frauen, die ethnischen Minderheiten angehören: Die Rolle des Gesundheitswesens“] veröffentlicht. Das Grundsatzpapier enthält wichtige Nachweise und eine Reihe von Empfehlungen für Gesundheitspolitik, Gesundheitssysteme, Gesundheitseinrichtungen und Gesundheitsdienstleister. Der Bericht weist auch auf die Barrieren hin, mit denen sich undokumentierte Frauen konfrontiert sehen, sobald sie Gesundheitsdienstleistungen in Anspruch nehmen wollen, einschließlich der rechtlichen Einschränkungen und der Angst, abgeschoben zu werden. Das Dossier empfiehlt in diesem Kontext eine koordiniertere Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden, welche Vertraulichkeit, Sicherheit wie auch den uneingeschränkten Zugang zu Dienstleistungen ohne den Aufenthaltsstatus der Frauen zu gefährden, gewährleisten müssen. Das Grundsatzpapier ist [hier](#) verfügbar.

SCHWEIZ / BERICHT / Überblick und Empfehlungen verbessertem Zugang und Qualität von Gesundheitsdienstleistungen für schutzlose Bevölkerungsgruppen in der Schweiz

Die Nationale Plattform Gesundheitsversorgung für Migranten ohne Aufenthaltsstatus (Plate-forme nationale pour l'accès aux soins de santé des sans-papiers) hat einen Bericht veröffentlicht, der die Hindernisse und Schwierigkeiten auflistet, denen undokumentierte Migrant/innen beim Zugang zur Gesundheitsversorgung in der Schweiz ausgesetzt sind. Die Kurzversion des Berichts ist auf [Deutsch](#), [Französisch](#) und [Italienisch](#) zugänglich. Die französische Version ([Accès aux soins des vulnérables \(version détaillée\)](#)) ist umfangreicher und beinhaltet eine ausführlichere Analyse der Problematik.

ARBEIT UND FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

HONGKONG / Folter und Misshandlung einer indonesischen Hausangestellten: Frau für schuldig befunden

Eine Frau aus Hongkong, die ihre indonesische Hausangestellte folterte und misshandelte, wurde am 10. Februar 2015 in 18 Anklagepunkten für schuldig befunden. Die Anklage beinhaltet neben anderen Punkten schwere und leichte Körperverletzung, Nötigung und fehlende Lohnauszahlung oder Freistellung von der Arbeit. Fotos, die Erwiana Sulistyaningsih's Verletzungen zeigen, erlangten vor rund einem Jahr breite Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und führten zu Protesten gegen die schlechte Behandlung Migrant/innen, die als Hausangestellten arbeiten (siehe [PICUM Bulletin, 27 January 2015](#)). Unter anderem erfuhr das Gericht, dass die Arbeitgeberin Law Wan Tung ihre Angestellte Sultstyaningsih auf den Mund schlug und ihr ihre Zähne brach, desweiteren rammte sie ihr einen Staubsaugerschlauch in den Mund und schnitt ihre Lippen auf. Im Winter zwang sie ihre Hausangestellte nackt im Badezimmer zu stehen und bespritzte sie mit kaltem Wasser während sie einen Föhn auf sie richtete.

Quelle: [Al Jazeera](#), 10. Februar 2015.

VEREINIGTES KÖNIGREICH / Menschenhandel mit Hausangestellten: Gerichtshof hält an diplomatischer Immunität fest

Das Berufungsgericht des Vereinigten Königreichs hält in einem Rechtsspruch vom 5. Februar 2015 an der diplomatischen Immunität fest und entzieht damit Migrant/innen, die für Diplomaten als Hausangestellte arbeiten, die Möglichkeit auf Rechtseinspruch. Der Fall Reyes & Suryadi v Malki betraf migrantische Hausangestellte, die von britischen Behörden als Opfer von Menschenhandel anerkannt wurden und Entschädigung für rassistische Diskriminierung, Belästigung und Lohnentzug von ihrem Arbeitgeber, einem saudischen Diplomaten, forderten. Der Diplomat erhob Anspruch auf diplomatische Immunität, die ihm im Rahmen der Wiener Konvention für Diplomatische Beziehungen gewährt wurde.

Quellen: [Courts and Tribunals Judiciary](#), 5. Februar 2015; [Kalayaan](#), 5. Februar 2015

USA / Die Koalition der Arbeiter/innen von Immokalee erhält Auszeichnung des Präsidenten für außergewöhnliche Leistungen in der Bekämpfung von Menschenhandel

Am 29. Januar 2015 würdigte US-Außenminister John Kerry die Koalition der Arbeiter/innen von Immokalee (CIW) mit der Auszeichnung des Präsidenten für außergewöhnliche Leistungen in der Bekämpfung von Menschenhandel im Rahmen des White House Forum on Combating Human Trafficking in Supply Chains (Forum des Weißen Hauses zur Bekämpfung von Menschenhandel in der Handelskette). CIW war Wegbereiter für ein auf Arbeiter/innen bezogenes Programm der sozialen Verantwortlichkeit, das Fair Food Programm, dessen Ziel es ist, Ausbeutung und Missbrauch aufzuzeigen und die moderne Sklaverei auf Floridas Tomatenplantagen abzuschaffen.

Quellen: [The White House blog](#), 29. Januar 2015; [Freedom Network USA](#), 29. Januar 2015

UNDOKUMENTIERTE FRAUEN

VEREINGTES KÖNIGREICH / Überlebende von sexueller Gewalt in Abschiebehäft und weiteren Übergriffen ausgesetzt

Ein [Bericht](#), der von Women for Refugee Women (Frauen für Flüchtlingsfrauen) im Januar 2015 veröffentlicht wurde, zeigt, dass britische Behörden Frauen in Abschiebehäft halten, die Überlebende von Vergewaltigung, sexueller Gewalt oder anderen Formen von Folter in ihren Herkunftsländern sind. 19 von den 34 interviewten Frauen des Abschiebehäftszentrums Yarl's Wood, berichteten, dass sie in ihrem Herkunftsland Opfer von Vergewaltigung wurden; 21 der befragten Frauen waren anderen Formen von sexueller Gewalt ausgesetzt; 28 Frauen sagten aus, dass sie Verfolgungen aufgrund ihres Geschlechts (u.a. Vergewaltigung, sexuelle Gewalt, Zwangsheirat, Zwangsprostitution oder weibliche Genitalverstümmelung) ausgesetzt waren. Der Bericht stellt außerdem fest, dass die Kosten, die durch eine einjährige Inhaftierung pro Person in der Abschiebehäft entstehen, 37.230 britische Pfund betragen. Der Bericht schließt sich den Ergebnissen des 'Women for Refugee Women' Berichts für 2014 an.

Quelle: [ECRE Weekly Bulletin](#), 23. Januar 2015

USA / Undokumentierte Migrantin wird Rechtsanwältin

Vanessa Pumar, eine undokumentierte Migrantin, die im Alter von zwölf Jahren mit ihren Eltern aus Venezuela in die USA kam, wurde am 30. Januar 2015 in Kalifornien als Anwältin vereidigt, nachdem sie das Staatsexamen bestand. Frau Pumar ist die erste Teilnehmerin des Deferred Action for Childhood Arrivals-Programms (DACA), das undokumentierte Kinder und Jugendliche vor der Abschiebung bewahrt, die Rechtsanwältin wird. Vanessa Pumar entschied sich Jura zu studieren, um mehr über den rechtlichen Status ihrer Familie zu erfahren. Nun hat sie die Arbeit als Rechtsanwältin für die Los Angeles Coalition for Humane Immigrant Rights (Koalition für Menschenrechte für Migrant/innen) aufgenommen, um andere Migranten ohne Aufenthaltsstatus zu unterstützen.

Quellen: [NBC Los Angeles](#), 29. Januar 2015; [Orange County register](#), 28. Januar 2015

UNDOKUMENTIERTE KINDER UND IHRE FAMILIEN

FRANKREICH / Unterschriftenaktion gegen radiologische Untersuchungen zur Altersfeststellung an unbegleiteten Kindern

Im Januar 2015 begann eine Unterschriftenaktion gegen die Durchführung zur Feststellung des Alters von unbegleiteten Kindern mittels radiologischer Untersuchungen. Werden Kinder als minderjährig eingestuft, fallen sie unter die Obhut des Staates. Sobald sie jedoch als erwachsen erachtet werden, laufen sie Gefahr, abgeschoben oder inhaftiert zu werden, da ihre Angaben als Irreführung der Behörden aufgefasst werden. Medizinische und rechtliche Sachverständige kritisieren die

Unzuverlässigkeit der radiologischen Methoden zur Altersfeststellung und äußerten weitere ethische und rechtliche Bedenken. Die Unetrtschriftenaktion ist [hier](#) verfügbar.

Quelle: [Le Monde](#), 17. Januar 2015

EU / VERÖFFENTLICHUNG / Leitfaden zu Kinderarmut in der EU nun in acht Sprachen erhältlich

Der Eurochild und EAPN-Leitfaden „Towards Children's Well-Being in Europe: Explainer on child poverty in the EU“ („Für das Wohlergehen der Kinder in Europa: ein Handbuch zu Kinderarmut in der EU“), der 2013 herausgegeben wurde, ist nun in acht Sprachen erhältlich: Englisch, Estnisch, Französisch, Italienisch, Mazedonisch, Polnisch, Slowakisch und Spanisch. Das Handbuch möchte die Öffentlichkeit für die Problematik von Kinderarmut in Europa sensibilisieren und weist auf die prekäre Lage von Kindern undokumentierter Migranten/innen hin, die eine der Risikogruppen für absolute oder extreme Armut darstellen. Das Handbuch ist [hier](#) in acht Sprachen erhältlich.

Quelle: [Eurochild - eNews Bulletin](#), Februar 2015

EUROPA / Bis zu 50% aller unbegleiteten Migrantenkinder, die nach Europa kommen, verschwinden

Die Organisation Missing Children Europe nach, verschwinden nahezu die Hälfte aller unbegleiteten Migrantenkinder, welche nach Europa kommen und in Auffangzentren untergebracht werden, viele davon in den ersten 48 Stunden. Während einige von ihnen aus Angst, abgeschoben zu werden, weglaufen, werden andere vermutlich Opfer von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung. Der italienische Innenminister Angelino Alfano gibt an, dass im Jahr 2014 26% der Migrantenkinder, die mit Booten nach Italien kamen, verschwanden. Berichte aus Schweden legen dar, dass viele der unbegleiteten Kinder aus den staatlichen Betreuungseinrichtungen in Schweden verschwanden. Auch in Schweden kann von einer wachsende Tendenz gesprochen werden, mit einer bisherigern Höchstzahl von 374 vermissten Kindern im Jahr 2014 (im Vergleich dazu waren es 347 im Jahr 2013). Während der letzten zehn Jahren sind mehr als 2.000 undokumentierte Kinder in Schweden verschwunden.

Quellen: [Missing Children Europe](#), 2. Dezember 2014; [The Local](#), 15. Januar 2015; [Sveriges Radio](#), 9. Februar 2015; [Sveriges Television](#), 12. Februar 2015

IRLAND / Zeugnis für Schutz von Migrantenkinderrechten: „Inakzeptabel“

Die Kinderrechtsorganisation Children's Rights Alliance veröffentlichte am 23. Februar 2015 die [Report Card 2015](#), das siebte Zeugnis in ihrer alljährlichen Reihe. Der Bericht bewertet den Umgang der irischen Regierung mit Themen, die Kinder betreffen und vergleicht diese Ergebnisse mit den Festlegungen im Regierungsplan für 2011-2016. Für den Umgang mit Migrantenkindern vergibt die Organisation ein E+. Das irische Bewertungssystem vergibt Noten von A (sehr gut) bis F (ungenügend) und definiert E als „inakzeptabel, mit Maßnahmen, die in die falsche Richtung gehen und fehlenden positiven Auswirkungen für Kinder“. Die Wertung weist auf die begrenzten Fortschritte im Hinblick auf Kinderrechte hin und fordert die Regierung auf, sowohl den Gesetzesentwurf zum Internationalen Schutz (International Protection Bill) als auch den Gesetzesentwurf für das Einwanderungs- und Aufenthaltsgesetz in Kraft zu setzen. Beide Entwürfe sollten, laut Empfehlung, mit der UN-Kinderrechtskonvention übereinstimmen und auf deren Richtlinien beruhen. Sie können den Bericht [hier](#) lesen.

Quelle: [Eurochild - eNews Bulletin](#) - Februar 2015

BERICHT / UNICEF Diskussionspapier über die Rückführung von unbegleiteten und von ihren Familien getrennten Kindern

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) hat im Februar 2015 einen [Bericht](#) mit dem Titel „Children's rights in return policy and practice in Europe. A discussion paper on the return of unaccompanied and separated children to institutional reception or family“ („Kinderrechte in der Rückführungspolitik und -praxis in Europa. Ein Diskussionspapier über die Rückführung von unbegleiteten Kindern in ihre Familien oder institutionelle Einrichtungen“). Der Bericht, welcher Beiträge von UNICEF-Stellen in den Niederlanden, Belgien, Dänemark, Norwegen, dem Vereinigten Königreich und Schweden beinhaltet, beleuchtet die Problematik rund um die Rückführungspolitik und

-praxis von undokumentierten und von ihren Familien getrennten Migrantenkindern. Die internationale Organisation äußert Sorge, dass die verstärkten Bemühungen von Seiten der Regierungen, undokumentierte und von ihren Familien getrennte Kinder rückzuführen, zu beträchtlichen Lücken im Schutz dieser Kinder führen und dass deren Rechte und Interessen nur unzureichende Berücksichtigung erhalten. Neben einer Darlegung der verfügbaren Daten und der Miteinbeziehung der Sichtweise von einigen der betroffenen Kindern sind im Bericht auch eine Reihe von Empfehlungen für behördliche Praktiken enthalten. Sie können den Bericht [hier](#) lesen.

VEREINIGTES KÖNIGREICH / BERICHT / Anhaltende Verletzung der Rechte von undokumentierten Kindern

Die Kinderrechtsorganisation Children's Rights Alliance for England (CRAE) hat einen Bericht zur Lage der Kinderrechte in England unter dem Titel „State of Children's Rights in England“ (SCRE) veröffentlicht, in welchem erörtert wird, ob „die Menschenrechte für Kinder in England“ genügend gewahrt werden. Ein Kapitel widmet sich Immigration, Asyl und Kinderhandel und beleuchtet die Grundprobleme in Bezug auf Abschiebehaft und Familientrennung. Im Bericht wird unter anderem empfohlen, dass allen unbegleiteten und von ihren Familien getrennten Kindern ein dauerhafter Status gewährt werde, und dass Kinder nicht mehr in Haft genommen werden sollten. Sie können den Bericht [hier](#) lesen.

ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG

ÖSTERREICH / Länderbericht über Abschiebehaft

Im Januar 2015 hat das Global Detention Project im Rahmen seiner Reihe von Länderberichten einen Länderbericht zur Abschiebehaft in Österreich veröffentlicht. Österreich hat Anfang des Jahres 2014 die erste spezialisierte Abschiebehafteinrichtung für Einwander/innen eröffnet. Vorher hat das Land fast ausschließlich Polizeiliche Anhaltezentren (PAZ) genutzt, um Migrant/innen festzuhalten. Diese Art von Abschiebehaft wurde von Menschenrechtsorganisationen kritisiert. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass Österreich in den letzten Jahren weniger Menschen aus Einwanderungsgründen festgehalten hat. Zwischen 2009 und 2013 ist die Anzahl der Personen in Abschiebehaft um fast 30% zurückgegangen: von 5.996 im Jahr 2009 auf 4.171 im Jahr 2013. Um den Bericht zu lesen und Zugang zu anderen Länderberichten in der Reihe zu erhalten, klicken Sie [hier](#).

FINNLAND / BERICHT / Die praktische Umsetzung der finnischen Gesetzgebung zur Regulierung der Abschiebehaft

Als Teil des internationalen Forschungsprojekts „Das Gesetz und die Anderen in einem post-multikulturellen Europa“ („Law and the Other in Post-Multicultural Europe“) hat die Universität von Helsinki im Januar 2015 einen [Bericht](#) fertiggestellt. Dieser gibt einen Überblick über die praktische Umsetzung des finnischen Rechtssystems zur Regulierung der Abschiebehaftbedingungen von Migrant/innen im Land. Die Studie berücksichtigt Daten, die in den 167 Fällen, die vom Amtsgericht Helsinki im Zusammenhang mit Abschiebehaft zwischen Februar und Mai 2013 angehört wurden, erhoben wurden. Der Bericht stellt fest, dass die jährliche Anzahl von Kindern in Abschiebehaft von 2008 bis 2012 zwischen 10 und 24 schwankte. Die Ergebnisse des Berichts unterstreichen, dass Alternativen zur Abschiebehaft nur selten genutzt werden und dass Fluchtgefahr der häufigste Grund für Abschiebehaft geworden ist; der Umstand, sich in einem Abschiebeprozess zu befinden, reicht an sich als Begründung für eine Fluchtgefahr aus. Der Bericht „Verwaltungstechnische Abschiebehaft von Migrant/innen im Amtsgericht Helsinki“ („Administrative Detention of Migrants in the District Court of Helsinki“) ist [hier](#) erhältlich.

GRIECHENLAND / Regierung kündigt praktische Änderungen in Bezug auf Abschiebehaft an

Yannis Panousis, stellvertretender Minister für öffentliche Ordnung, und Tasia Christodouloupoulou, Ministerin für Migrationspolitik, kündigten am 17. Februar 2015 ihren Plan an, alle Migrant/innen, die sechs Monate in einer der Abschiebehafteinrichtungen des Landes verbracht haben, zu entlassen. Der

Plan sieht auch die Freilassung von schutzlosen Migrant/innen aus der Abschiebehafte vor, einschließlich Kindern, Älteren, schwangeren Frauen und Menschen mit ernsthaften gesundheitlichen Problemen. Die Minister/innen gaben auch ihre ausdrückliche Zusage, dass undokumentierte Migrant/innen nicht länger als 18 Monate festgehalten werden sollen und dass das Haftzentrum Amygdaleza endlich geschlossen werden soll. Diese Aussagen wurden nach dem Tod von drei Migrant/innen im Haftzentrum Amygdaleza im Februar 2015 gemacht.

Quellen: [Amnesty International and Greek Council for Refugees Joint Statement](#), 11. Februar 2015; [To Vima](#), 18. Februar 2015 ; [Greek Reporter](#), 14. Februar

ITALIEN / Aufruf, Abschiebehaftezentrum zu schließen

Organisationen der Zivilgesellschaft haben mit der Unterstützung des Mitglieds des italienischen Senats Luigi Manconi nach dem Tod eines Migranten in Abschiebehafte die Behörden aufgefordert, unverzüglich das Zentrum für Identifikation und Ausweisung (CIE) in Bari/Italien zu schließen. Seit die Höchstaufenthaltsdauer für Abschiebehafte in Italien von maximal 18 Monaten auf maximal 90 Tage gesenkt wurde, werden in den fünf aktuell im Land aktiven Abschiebehaftezentren (CIEs) insgesamt 749 Migrant/innen festgehalten.

Quellen: [La Repubblica](#), 16. Februar 2015; [Class Action Procedimentale](#), 14. Februar 2015; [Lettera 43](#), 7. Februar 2015.

NORWEGEN / Unrechtmäßige Abschiebehafte von Kindern

Ein neuer Bericht der Norwegischen Organisation für Asylsuchende (Norwegian Organisation for Asylum Seekers, NOAS), mit dem Titel „Freiheit zuerst – ein Bericht über Alternativen zur Abschiebehafte“ („[Freedom First - a report on alternatives to detention](#)“) kommt zu dem Schluss, dass im Abschiebehaftezentrum Trandum (dem einzigen Abschiebehaftezentrum in Norwegen) unrechtmäßig Kinder festgehalten wurden. Dem Bericht zufolge, der im Februar 2015 veröffentlicht wurde, führt das Fehlen einer adäquaten Regulierung der Abschiebehafte von Kindern und Familien zu einer willkürlichen Anwendung des Gesetzes und zur Verletzung der Rechte von Migrantenkindern. Lesen Sie den Bericht auf Norwegisch [hier](#).

Quelle: [NOAS release](#), 26. Februar 2015

VERÖFFENTLICHUNG / “Made Real” Projekt: Alternativen zur Abschiebehafte in der EU

Im Rahmen des von der EU geförderten [Made Real Projekts](#) hat das Odysseus Netzwerk im Januar 2015 einen Bericht zu „Alternativen zur Abschiebehafte von Einwanderern und Einwanderinnen und Asylsuchenden in der EU“ („[Alternatives to Immigration and Asylum Detention in the EU](#)“) veröffentlicht. Der Bericht skizziert Modelle, die aktuell als Alternativen zur Abschiebehafte genutzt werden, unter anderem das regelmäßige Vorstelligwerden bei den Behörden, die Hinterlegung einer finanziellen Sicherheit, die Verpflichtung an einem zugewiesenen Platz zu bleiben, die Patenschaft von einer/m Staatsbürger/in des Landes oder einer Person mit einer langfristigen Aufenthaltsgenehmigung, ausgewiesene Unterkünfte wie z.B. in öffentlich verwalteten Zentren sowie auch die elektronische Kennzeichnung. Der Bericht betont, dass in gewissen Mitgliedstaaten eine Reihe von Methoden verfügbar ist, auch wenn Alternativen zur Abschiebehafte in der EU immer noch zu wenig genutzt werden.

UK / BERICHT / Untersuchungen zum Einsatz von Abschiebehafte

Am 3. März 2015 wurde im Vereinigten Königreich eine gemeinsame Untersuchung zum Einsatz von Abschiebehafte von der Parlamentarischen Gruppe aller Parteien zu Flüchtlingen und der Parlamentarischen Gruppe aller Parteien zu Migration veröffentlicht. Die Gruppe der Parlamentarier empfahl, dass die zukünftige Regierung für die Abschiebehafte in Großbritannien eine Höchstdauer von 28 Tagen einführen sollte. Unter anderem empfahl der Ausschuss auch, dass Frauen, die Opfer von Vergewaltigung oder sexueller Gewalt geworden sind, nicht in Abschiebehafte kommen und schwangere Frauen nie aus Einwanderungsgründen festgehalten werden sollten. Seit 2010 ist die Zahl der Kinder in Abschiebehafte gesunken. Von Januar bis September 2014 befanden sich 131 Kinder in

Abschiebehafte. Während der Ausschuss diesen Rückgang begrüßte, drückten die Mitglieder auch ihre Sorge darüber aus, dass einige Kinder in Zentren für Erwachsene festgehalten werden. Der Ausschuss hörte auch direkt Einzelpersonen in Abschiebehafte an. Aussagen, die zu den Untersuchungen eingereicht wurden, sind [hier](#) erhältlich. Am Vorabend der Veröffentlichung des Berichts gaben die Nachrichten von Channel 4 [selbst gedrehte Undercover-Aufnahmen](#) aus dem Yarl's Wood Abschiebehaftezentrum heraus, die die missbräuchliche Behandlung von Migrant/innen in Abschiebehafte aufdeckten. Um den vollständigen Bericht zu sehen, klicken Sie [hier](#).

Quelle: [Right to Remain](#), 3. März 2015

VERÖFFENTLICHUNGEN UND ANDERE QUELLEN

WELTBERICHT / Undokumentierte Migrant/innen in der EU ausgegrenzt

Human Rights Watch (HRW) hat am 29. Januar 2015 den Weltbericht 2015 veröffentlicht. Die 25. Ausgabe von HRWs Weltbericht fasst die Menschenrechtssituation in mehr als 90 Ländern und Gebieten weltweit im Jahr 2014 zusammen. Der Bericht ist aufgeteilt in einen Abschnitt mit Aufsätzen und einen mit länderspezifischen Kapiteln. Menschenrechtsverletzungen gegenüber undokumentierten Migrant/innen werden in Kapiteln zur Menschenrechtssituation in mehreren EU-Ländern dokumentiert. In Bezug auf die Migrations- und Asylpolitik der Europäischen Union äußert der Bericht Bedenken über den beschränkten Zugang undokumentierter Migrant/innen zur Gesundheitsversorgung in mehreren EU-Mitgliedstaaten sowie über die Kriminalisierung undokumentierter Migrant/innen. Um den vollständigen Bericht zu erwerben oder herunterzuladen, klicken Sie [hier](#).